

Vertretung der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Illegal im Internet: Meinungsfreiheit versus Menschenwürde? – Die europäische Diskussion: Dokumentation eines Fachgesprächs

Bonn: Vertretung der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik Deutschland, 1997 (Europäische Gespräche Heft 4/1997), 141 S., keine ISBN, Preis nicht mitgeteilt

Unter dem gleichsam monoman wie dichotom anmutenden Rubrum *Illegal im Internet: Meinungsfreiheit versus Menschenwürde?* firmiert ein Fachgespräch, das am 3. Dezember 1996 in Bonn von der Vertretung der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik Deutschland veranstaltet wurde. Das vorliegende Bändchen gibt den redaktionell aufbereiteten Tagungsablauf wieder. Dem Gang der Veranstaltung folgend, präsentiert die Dokumentation kurze Statements von Referent/Inn/en aus verschiedensten Gesellschaftsbereichen sowie sich daran anschließende Diskussionen des Podiums bzw. des Plenums.

Eingangs führt Axel R. Bunz, Leiter der hiesigen Vertretung der Europäischen Kommission, in das Thema ein. Er greift den mit dem Untertitel angesprochenen (Werte-)Antagonismus in demokratischen Staatsverfassungen auf und stellt die grundlegende Frage, „ob eine Kontrolle der Inhalte, die ins Internet eingespeist werden, nötig, möglich und überhaupt wünschenswert ist“ (S.8-9). Frans de Bruine, Direktor der Generaldirektion für Telekommunikation, Informationsmarkt und Nutzung von Forschungsergebnissen bei der Europäischen Kommission, erörtert wichtige Brüsseler Initiativen hinsichtlich des Umgangs mit „illegalen“ und „schädlichen“ Inhalten in den transnationalen Datennetzen. Nachhaltig plädiert er für eine enge Kooperation zwischen Behörden, Industrie und Nutzern, so „daß der Konflikt zwischen freiem Informationsfluß einerseits und Achtung der Menschenwürde andererseits gelöst werden kann“ (S.15).

Die Politikerin Karin Junker, Mitglied des Europäischen Parlaments, geht mit der bisherigen Arbeit der Europäischen Kommission in Sachen neue Medien hart ins Gericht, „denn die wirtschaftlich-politische Debatte um Liberalisierung und Deregulierung ist an den Anfang gestellt worden, aber die gesellschaftspolitische Debatte wurde vollkommen vernachlässigt“ (S.21). Mit Blick auf die vielbemühten Schlagworte wie beispielsweise gewaltverherrlichende Darstellungen oder Kinderpornografie im Internet fordert Andy Müller-Maguhn, Berliner Chaos Computer Club, einen „Paradigmenwechsel“ in der gegenwärtigen Auseinandersetzung ein: Es muß darum gehen, „daß wir versuchen, gesellschaftliche Probleme gesellschaftlich zu lösen und nicht durch irgendwelche technischen Maßnahmen oder durch wirtschaftlich forcierte Verantwortungsverschiebungen“ (S.54).

Georg Bröhl, Referatsleiter der Arbeitsgruppe Multimedia beim Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, erläutert den Referentenentwurf zum Informations- und Kommunikationsgesetz, dem ersten die-

ser Art in Europa. Er führt aus, daß die Gesetzesvorlage großen Wert auf die Selbstbestimmung des Nutzers legt, gerade bei der Inanspruchnahme von anonymen Diensten. Aus Sicht des Verfassungsschützers gibt Helmut Rannacher, Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden Württemberg, zu Bedenken, daß die propagandistischen und agitatorischen Potentiale der Online-Medien bei radikalen Gruppierungen jedweder Couleur längst als bekannt vorausgesetzt werden müssen. Aufgrund dieses Umstandes, so sein Tenor, nehmen die computerbasierten Aktivitäten von Extremisten sowie deren Bekämpfung durch Aufsichtsbehörden neue Größenordnungen an.

Michael Schneider, Stellvertretender Vorsitzender des Electronic Commerce Forum, umreißt das Anliegen seines Verbandes, der die Interessen von Service-Providern zur kommerziellen Nutzung der Datennetze vertritt. Er bewertet den Ansatz der Europäischen Union, zwischen „schädlichen“ und „rechtswidrigen“ Inhalten im Internet zu unterscheiden, als hilfreich für die weiteren Erkenntnis- sowie Entscheidungsprozesse. Und Alexander Felsenberg, Vizepräsident/Geschäftsführer des Deutschen Multimedia Verbandes/Europäischen Multimedia Verbandes, hebt hervor, daß sich eine Kontrolle des Informationstransfers in der Online-Kommunikation schlechterdings nicht bewerkstelligen läßt, und daß man zudem um die Grenzen der (inhaltlichen) Eigenverpflichtung durch die freiwillige Selbstkontrolle wissen muß. Wie viele andere Diskutanten setzt auch er auf eine nachhaltige Aneignung von Medienkompetenz.

Als letztes stellt Volker Lilienthal, epd-Medien, im größeren soziokulturellen Bedingungsgefüge – einem Resümee der Veranstaltung gleich – fest: „Es geht [auch beim Internet] um die Gesamtgesellschaft und um die Widerspiegelung gesellschaftlichen Lebens“ (S.107). Ein Anhang mit der Bonner Erklärung „Globale Informationsnetze“ der Europäischen Ministerkonferenz (vom 6. bis 8. Juli 1997), worin Leitlinien zur Gestaltung eines gemeinsamen Kommunikationsraums Europa im ‚Medienzeitalter‘ formuliert sind, vervollständigt die Dokumentation.

Die Diskussion um Internet und Online-Dienste erfolgt weithin heterogen, nicht selten reduktionistisch. Dafür ist auch der Tagungsband ein eindrückliches Beispiel. Zwar reflektieren die versammelten Äußerungen weniger den heutigen wissenschaftlichen Kenntnisstand um die Konstituierung einer ‚Mediengesellschaft‘, repräsentieren dennoch in Ansätzen das ambivalente Meinungsbild sowie das eklatante Informationsgefälle in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Dabei treten – leitmotivisch für die Debatte – zwei Aspekte immer wieder in den Vordergrund: zum einen der Wunsch nach einer allgemeinverständlichen Darstellung der komplexen Sachverhalte, zum anderen die Berücksichtigung einer eingehenden Begründung von gesellschaftspolitischen Richtwerten.

Das inhaltliche Spektrum der Kurzbeiträge ist breit angelegt: Außer einer Beschreibung der vorgängigen transnationalen technisch-ökonomischen Entwicklungsdynamik gewährleisten sie einen Einblick in konkrete Projekte und Aktivitäten im Bereich der interaktiven, netzwerkgestützten Medien. Der überwiegende Teil der

Meinungsäußerungen aus dem Publikum zentriert sich vor allem um gesellschafts-politische Fragestellungen, vornehmlich zur Sicherung demokratischer Grundwerte sowie der Ausbildung von kommunikativer Kompetenz im Kontext des Einsatzes der Online-/Offline-Technik. Zahlreiche Einwände machen darüber hinaus eine stärkere Wahrung der Interessen von Kindern und Jugendlichen geltend und fordern als Konsequenz – analog zur Kontrolle der ‚klassischen‘ Massenmedien – mitunter sowohl technisch als auch politisch unrealistische Regulierungsinstrumentarien und -instanzen ein.

Insgesamt kann der Band als eine Momentaufnahme der Auseinandersetzung zum Problemfeld Online-Medien vor zwei Jahren angesehen werden. Wer sich einen ersten Überblick über den gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozeß verschaffen möchte, dem sei der Tagungsband als Einführung empfohlen.

Christian Filk (Köln)

Hinweise

Foscht, Thomas: Interaktive Medien in der Kommunikation. Verhaltens-

wissenschaftliche und systemtheoretische Analyse der Wirkung neuer Medien. Leverkusen 1998. XXVI, 417 S.

Klett, Alexander: Urheberrecht im Internet aus

deutscher und amerikanischer Sicht. Baden-Baden 1998. 206 S.

Krämer, Sybille: Medien – Computer – Realität. Wirklichkeitsvorstellungen und Neue Medien. Frankfurt/M. 1998. Ca.260 S.